



Grüne Liste Bensheim - DIE GRÜNEN (GLB)

Wählergemeinschaft für Demokratie und
Umwelt

Rede Doris Sterzelmaier

STVV 17.5. 18 Top 9 Antrag der AFD bezügl. Abschaffung der Straßenbeiträge

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Deppert

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anlieger von den Straßenbeiträgen frei zu stellen: Das klingt auf den ersten Blick super und dieses Geschenk soll Freude beim Bürger erzeugen.

Die Neuregelung in Hessen sieht nun vor, dass die Kommunen frei entscheiden, ob sie Anwohner an der Finanzierung von Straßenbau und -sanierungen beteiligen oder nicht. „Aus ‚soll‘ wird ‚kann‘“.

Vor diesem Hintergrund hat im Januar ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs Aufsehen erregt. Danach sind die Kommunen, jedenfalls bei einer defizitären Haushaltslage, sogar verpflichtet, sich anbietende Einnahmequellen zu nutzen, also auch Straßenbeiträge zu erheben.

Deshalb kommt beim zweiten Blick schon weniger Freude auf. Denn wer zahlt denn die Straßensanierung oder den Straßenneubau? Die Firmen werden kaum Preise senken, nur weil Bensheim die Straßenbeiträge für die Anlieger abschafft.

Wenn keine Straßenbeiträge erhoben würden, müssten alle Bürger mit ihren Steuern die Straßenerneuerungen bezahlen.

Niemand hätte mehr Kontrolle darüber, ob wirklich nur notwendige Maßnahmen erfolgen.

Wollen Sie die Steuern erhöhen und somit nicht mehr die Anlieger, sondern alle Bürger der Stadt belasten?

Wenn es keine Steuererhöhungen geben soll, dann bleibt die AFD einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung schuldig. Woher soll das Geld kommen?

Benennen Sie, wo Sie dauerhaft in Bensheim sparen möchte.

Eine Finanzierung durch Neuverschuldung wäre eine schlechte Alternative. Die Stadt Bensheim hat sich verpflichtet, keine Nettoneuverschuldung mehr einzugehen und ist auch über die Kommunalaufsicht angehalten, dies einzuhalten. Denn eine zusätzliche Nettoneuverschuldung im investiven Bereich, sowie ein nicht ausgeglichener Haushalt führen dazu, dass der Haushalt der Stadt nicht genehmigungsfähig ist.

Es kann auch nicht sein, dass mangels Geld in einer Kommune das Straßennetz vernachlässigt und marode wird. Fehlende Investitionen in die Infrastruktur sind ein verschieben der Ausgaben in die Zukunft. Diese sind später meist höher. Die AFD würde das Problem somit auf die nächste Generation verschieben. Auch dies ist für uns eine schlechte Alternative.

„Wenn Kommunen auf die Erhebung von Straßenbeiträgen verzichten, tun sie dies in dem Wissen, dass sie die damit verbundenen Einnahmeausfälle allein bewältigen müssen.“ so ein Zitat aus dem FAZ Newsletter vom 19.4.18

Also ein populistischer Antrag der Afd.

„Populismus bedeutet, einfache Lösungen anzubieten. Das klingt meistens recht gut, ist aber sehr schwer umzusetzen. Deshalb scheitern populistische Parteien fast immer, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen müssen.“

Es ist unschwer zu erkennen, wir lehnen den Antrag ab.